

Für uns ist klar: Die Abschiebehaft bleibt die Ultima Ratio. Das wird auch gemessen an den Zahlen in Nordrhein-Westfalen klar und deutlich.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

An die Adresse der Piraten gerichtet sage ich: Auch wenn man grundsätzlich eine andere Haltung zu einem Sachverhalt, beispielsweise der Abschiebungshaft, hat, ist ein Gesetzgeber – und Sie sind Teil dieser Gesetzgebung – verpflichtet, im Sinne der Betroffenen an einem solchen Gesetzgebungsverfahren mitzuarbeiten,

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das haben wir gemacht!)

und darf sich nicht einen schlanken Fuß machen und in die Verantwortungslosigkeit flüchten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung erstens über den Gesetzentwurf Drucksache 16/9521. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10433, den Gesetzentwurf Drucksache 16/9521 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf.

Wer dieser Beschlussempfehlung des Innenausschusses zustimmen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? – Das sind die CDU-Fraktion und die Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Damit stelle ich fest, dass die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/10433 angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/9521 in der Fassung der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung verabschiedet** ist.

Ich lasse zweitens über den Entschließungsantrag der Piratenfraktion Drucksache 16/10492 abstimmen.

Wer stimmt dem zu? – Das ist die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Enthält sich ein Kollege der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/10492 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

11 Gesetz zur Neuregelung der Höchstaltersgrenzen für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis und zur Befristung der Altersteilzeitregelung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9759

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 16/10434

zweite Lesung

Alle fünf Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Reden zu Protokoll zu geben. (Siehe Anlage 2)

Wir kommen somit unmittelbar zu Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10434, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/9759 selbst.

Wer ist für diesen Gesetzentwurf? – Das sind die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Piratenfraktion. Wer enthält sich? Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 16/9759 angenommen** und **in zweiter Lesung verabschiedet** ist.

Ich rufe auf:

12 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10379

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hätte ich für die Landesregierung Herrn Minister Jäger das Wort erteilt, wenn mir nicht soeben zugerufen worden wäre, Sie seien bereit, Herr Minister, Ihre Rede ausnahmsweise zu Protokoll zu geben. (Siehe Anlage 3) – Vielen Dank. Das passt recht gut; denn eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen somit direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/10379** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Rechtsausschuss**. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Ist jemand dagegen oder enthält sich der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

13 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

erste Lesung

Herr Minister Jäger signalisiert mir gerade, dass er wiederum bereit ist, seine Rede zur Einbringung des Gesetzentwurfs zu Protokoll zu geben. (Siehe Anlage 4). Eine weitere Aussprache ist heute auch nicht vorgesehen.

Wir kommen somit direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/10380** an den **Innenausschuss** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss** und an den **Rechtsausschuss**.

Inzwischen haben sich alle Fraktionen darauf verständigt, den Gesetzentwurf auch an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**, an den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation** sowie an den **Integrationsausschuss** zu überweisen. Das wird ein fröhliches Abstimmungsverfahren.

Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Stimmt jemand dagegen oder enthält sich der Stimme? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

14 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung
zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 16/10378

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/10378** an den **Hauptausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer für die Überweisung ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Stimmt jemand dagegen oder enthält sich? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

15 Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) – Liegenschaft in Brüssel

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß § 64 Absatz 2 LHO
Vorlage 16/3480

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10435

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10435, in die in Vorlage 16/3480 näher bezeichnete Grundstücksveräußerung einzuwilligen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Damit stelle ich fest, dass die **Einwilligung in die Grundstücksveräußerung** vom Landtag Nordrhein-Westfalen erteilt ist.

Ich rufe auf:

16 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2015

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Artikel 85 Absatz 2
der Landesverfassung
Vorlage 16/3468

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10436

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10436, die mit Vorlage 16/3468 beantragte Genehmigung zu erteilen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten. Damit ist der Antrag des Finanzministeriums **Vorlage 16/3468 angenommen** und die **beantragte Zustimmung erteilt**.

Ich rufe auf:

17 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 36
gem. § 82 Abs. 2 GO
Drucksache 16/10437

Anlage 4

Zu TOP 13 – „Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)“ – zu Protokoll gegebene Rede

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf modernisieren und strukturieren wir das Dienstrecht in Nordrhein-Westfalen neu.

Im Land und in den Kommunen sind etwa 347.000 Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter beschäftigt. Es gibt ca. 225.000 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Es geht also um ein Gesetz, das viele Menschen in NRW betrifft.

Und es geht um einen Personenkreis, der für die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben essenziell wichtig ist oder war.

Wie leistungsfähig und motiviert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes und der Kommunen sind, zeigt sich nicht erst seit dem Kraftakt, der bei der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen geleistet wird.

Gerade diese Aufgabenstellung macht aber auch deutlich, wie wichtig ein leistungsfähiger, moderner öffentlicher Dienst ist.

Lassen Sie mich diese Gelegenheit nutzen, all denen, die sich in den vergangenen Monaten hauptberuflich wie ehrenamtlich im Rahmen der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen so außerordentlich engagiert haben, meinen Dank auszusprechen!

Mit diesem Gesetz verfolgen wir das Ziel, das öffentliche Dienstrecht neu zu ordnen und zukunftstauglich zu machen.

Die Anforderungen sind vielfältig: es muss sowohl den Belangen der Bediensteten als auch der sozial- und finanzpolitischen Verantwortung des Staates gerecht werden. Und dieser wird in doppelter Funktion tätig, nämlich als Dienstherr und als Sachwalter der Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

Es klingt geradezu nach einer Quadratur des Kreises, so unterschiedlichen Interessen gleichermaßen und abgewogen Rechnung zu tragen.

Nicht nur um dies zu bewerkstelligen, sondern auch weil wir an einem konstruktiven Miteinander interessiert sind, haben wir den Dialog mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie mit

den kommunalen Spitzenverbänden gesucht und geführt.

In etlichen intensiven Gesprächsrunden wurden alle Inhalte des Gesetzentwurfs umfassend beraten. Das hat Zeit gekostet — aber ich meine, dass sich dieses Verfahren gelohnt hat.

Da zu den meisten Fragen Konsens erzielt werden konnte und unsere Gesprächspartner uns eine grundsätzlich positive Rückmeldung gegeben haben, fühle ich mich in dem Verfahren bestätigt.

Unser Motto „Gründlichkeit und Dialog vor Schnelligkeit“ hat sich nach meiner Auffassung gelohnt.

Lassen Sie mich kurz einige wesentliche Inhalte des Gesetzentwurfes ansprechen:

Aus dem Beamtenrecht:

- 1. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,*
- 2. Verbesserung der Karrierechancen für Frauen,*
- 3. Verpflichtung zur flächendeckenden Erstellung von Konzepten für Personalentwicklung und Gesundheitsmanagement.*

Aus dem Besoldungs- und Versorgungsrecht:

- 1. Integration der jährlichen Sonderzahlung in die monatlichen Bezüge,*
- 2. Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Zulagen für Beamtinnen und Beamte im Vollzugsdienst der Polizei, der Feuerwehr, der Justiz, in der Steuerfahndung und beim Verfassungsschutz,*
- 3. Verbesserung der Besoldung des einfachen Dienstes, vor allem des Justizwachtmeisterdienstes,*
- 4. Schaffung eines Anspruches auf Versorgungsauskunft ab Vollendung des 55. Lebensjahres im Abstand von drei Jahren und bei berechtigtem Interesse vor Vollendung des 55. Lebensjahres auch in kürzeren Abständen.*

Sie sehen, dass wir im Rahmen der Prämisse haushaltsrechtlicher Neutralität Gestaltungsspielräume genutzt und inhaltliche Prioritäten gesetzt haben.

Wir wollen weiter einen leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst in NRW haben und ich glaube, dass wir mit diesem Gesetz ein gutes Stück dazu beigetragen haben.

Vielen Dank.

